

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 18. NOVEMBER 2020



BÜRGERSCHAFT BESCHLIESST HAUSHALT 2021

Die Bürgerschaft hat heute den Haushalt für das Jahr 2021 beschlossen. Diese Entscheidung über das knapp 5,5 Milliarden Euro umfassende Zahlenwerk war im Sommer zunächst ausgesetzt worden, um die aktualisierte Steuerschätzung im September abzuwarten und die Ausfälle durch die Folgen der Corona-Pandemie besser beurteilen zu können. „Der Haushalt zeigt: Wir haben weiter den sozialen Zusammenhalt und die innere Sicherheit im Blick und investieren in starkem Maße in die Zukunft von Bremen und Bremerhaven“, sagte der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk.

Dabei hätten die Koalitionsfraktionen bereits bei der ersten Lesung im Juli festgelegt, dass sich an der Höhe der veranschlagten Ausgaben nichts mehr ändern werde. Dies sei absolut richtig gewesen, wie Gottschalk auch heute noch einmal betonte. „Es macht keinen Sinn, dies offenzuhalten, wenn alle Welt sagt, dass man einer Krise nicht hinterher sparen darf“, so der Sozialdemokrat. „Und es war auch richtig, die vielen Zuwendungsempfänger nicht im Ungewissen zu lassen, sondern ihnen Sicherheit für ihre Planungen zu geben.“

Gottschalk nannte noch einmal einige der Akzente, die die rot-grün-rote Koalition im Haushalt für das kommende Jahr gesetzt hat – wie etwa die Schulsozialarbeit, die gestärkt wird, oder das Hebammenzentrum im Bremer Osten, das geplant und eingerichtet werden kann. Er betonte, dass die Polizei mit weiteren Stellen zur Bekämpfung der Kriminalität im Internet ausgestattet werde und im Bereich Kultur weitere Akzente gesetzt und insbesondere die Akteure der freien Szene finanziell gestärkt würden. Er hob hervor, dass die

investiven Mittel für die Verkehrsinfrastruktur noch einmal um fast 10 Millionen Euro auf die neue Rekordsumme von 50 Millionen Euro gesteigert würden, 12 Millionen Euro in die Columbuskaje investiert und 75 Millionen Euro für Investitionen in das Sondervermögen Häfen eingestellt würden. Und er betonte, dass im Bereich Wissenschaft und Forschung ein Schwerpunkt für Investitionen gesetzt werde. Dafür sei eine Rekordsumme von 100 Millionen Euro geplant, und als Highlights stächen der Bau eines Zentrums für Tiefseeforschung beim Marum sowie die Planung eines neuen Hörsaal- und Veranstaltungszentrums für die Universität heraus, das auch städtebaulich einen neuen Akzent setzen werde.

Gottschalk ging aber auch noch einmal auf den Bremen-Fonds ein, für den insgesamt 1,2 Milliarden Euro zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie vorgesehen sind. Diesem komme eine ganz erhebliche Bedeutung für die Zukunft des Landes zu. In diesem Jahr hätten dabei zunächst vor allem die zahlreichen Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen im Vordergrund ge-



Arno Gottschalk

standen – genauso wie der enorme Kraftakt, die Schulen flächendeckend mit Tablets auszustatten.

Im kommenden Jahr würden dazu in großem Umfang Maßnahmen treten, die auf mittel-

und langfristige Strukturverbesserungen ausgerichtet seien. Dafür müssten nun auf Basis zweier Gutachten konkrete Maßnahmen definiert werden – unter Berücksichtigung von Programmen des Bundes und der EU, die ihrerseits noch nicht konkret ausgestaltet seien. Gottschalk abschließend: „Es muss jetzt mit Hochdruck an der Umsetzung der Mittel und längerfristig an Strukturverbesserungen gearbeitet werden. Das wird eine anspruchsvolle Aufgabe, über die wir sicherlich noch eine Reihe von Diskussionen führen werden, auf die ich mich freue. Denn hier geht es um nichts weniger als darum, wie wir die Zukunft unseres Bundeslandes gestalten.“

DEBATTE SILVESTERFEUERWERKE IM LAND BREMEN

In 43 Tagen beginnt eine Zeit, in der der Nachthimmel aufleuchtet und die Luft in vielen Städten zum Schneiden ist – die Rede ist von Silvester. Das Feuerwerk zum Jahreswechsel gehört für viele Menschen in Bremen und Bremerhaven zur guten Tradition – dennoch stellen Raketen und Böller eine Belastung für die Umwelt sowie eine Gefahr für die Gesundheit von Mensch und Tier dar.



„In der Vergangenheit sind diese Probleme immer nur kurzfristig zwischen Weihnachten und Silvester diskutiert worden“, erklärte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, am Rande der Landtagssitzung. „Wir haben das Thema deshalb in diesem Jahr schon sehr viel früher aufgegriffen und zum Gegenstand einer Großen Anfrage gemacht. Die Antworten des Senats zeigen, dass die Kritiken über Lärm, Feinstaub, Abfall und die Gefahren für Dritte substantielle Gründe haben und nicht, wie bisweilen die gegen Kritik behauptet, vornehmlich ideologisch motiviert ist oder auf Übersensibilitäten zurückgeht“. Fakt sei jedoch, dass der Weg zu umweltfreundlichen Bio-Böllern noch sehr weit sei.

Zudem würden diese auch ein Problem nicht lösen: den rücksichtslosen Umgang mit Feuerwerkskörpern und die davon ausgehende Gefährdung von Menschen. „Wir wollen das private Feuerwerk deswegen nicht verbieten“, so Gottschalk. „Aber wir wollen der wachsenden Kritik – und vor allem den Gefährdungen – Rechnung tragen und das private Feuerwerk schrittweise reduzieren und Alternativen zu ihm prüfen.“

Aus diesem Grund hat die Bürgerschaft nun einen Antrag der rot-grün-roten Koalition beschlossen, der zweierlei vorsieht:

Zum einen soll das Sprengstoffrecht des Bundes geändert und den Städten und Kommunen mehr Gestaltungsspielraum zugesprochen werden. „Denn sie wissen am besten, wie es vor Ort um Gefährdungspotenziale und die Wünsche der Bevölkerung bestellt ist“, sagte Gottschalk weiter. „Zum anderen wollen wir, dass Alternativen zum privaten Feuerwerk entstehen und der Senat deshalb die Möglichkeiten zentraler und dezentraler Feuerwerke und Lichtshows prüft und dafür ein Konzept erstellt.“

DEBATTE GÜNGÖR WEIST KRITIK AN CORONA-MASSNAHMEN ZURÜCK

Die Bürgerschaft hat sich heute in einer Aktuellen Stunde erneut mit der Umsetzung der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie befasst. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, wies in seiner Rede die Kritik aus der CDU entschieden zurück. „Der Senat handelt schnell und konsequent“, sagte er. „Er hat Maßnahmen umgesetzt, als andere Bundesländer teilweise noch darüber nachgedacht haben. Und er hat die vereinbarten, bundesweiten Regelungen nicht nur umgesetzt, er geht in Teilen sogar darüber hinaus.“



Mustafa Güngör

in Borgfeld.“ Es mache nun einmal einen Unterschied, ob man in einem Einfamilienhaus wohne oder in einem Hochhaus mit einem Fahrstuhl, den täglich mehrere Hundert Menschen nutzen müssten. „Wir wollen aber nicht die Stadtteile gegeneinander ausspielen, denn wir sind überzeugt, dass das in dieser Krise niemandem hilft. Es geht darum, mit geeigneten Maßnahmen lokal dort zu reagieren, wo die Infektionszahlen hoch sind“, sagte Güngör. „Und dabei gilt unsere Aufmerksamkeit den Stadtteilen. Deswegen wird ab morgen etwa das Tragen von Masken in besonders betroffenen Stadtteilen und Quartieren zur Pflicht. Ich begrüße das ausdrücklich und auch dies zeigt: Der Senat handelt schnell und konsequent.“

Als Beispiel dafür nannte der Sozialdemokrat etwa die Verteilung von kostenlosen FFP2-Masken an alle Senior*innen über 65 Jahren in Bremen und Bremerhaven. Güngör dankte den Apotheker*innen, die sich zu dieser Verteilung bereit erklärt hatten und betonte: „Es wird dem Senat aus der Opposition ja gern vorgeworfen, er würde nicht schnell genug handeln. Trotz aller Kritik – das war der schnellste Weg um die Masken zu verteilen, und er war richtig. Denn wir brauchen den Schutz jetzt, während der hohen Infektionszahlen, und nicht erst später.“ Hart kritisierte Güngör dabei auch die FDP, die Kritik an der Verteilung geäußert und die Schutzwirkung der Masken bezweifelt hatte. Güngör: „Sie wollten Angst schüren! Das ist wirklich schlimmste politische Profilierung! Sie schaden damit genau denjenigen, die in dieser Krise unseren besonderen Schutz erhalten müssen!“

Güngör kritisierte zudem, dass die CDU nach der Veröffentlichung der Infektionszahlen nach Postleitzahlengebieten eine Debatte über den Zusammenhang von ‚Kulturkreisen‘ und Corona-Erkrankungen vorangetrieben habe. „Es hilft sicher nicht, bestimmte Bevölkerungsgruppen zu stigmatisieren“, sagte Güngör und nannte einen anderen Grund: „In Stadtteilen, in denen die Menschen beengter leben und die Bevölkerungsdichte hoch ist, ist die Wahrscheinlichkeit einer Risikobegegnung oder einer Infektion vermutlich höher. So leben in Gröpelingen beispielsweise pro Quadratmeter fast sieben Mal so viele Menschen wie

Eine Absage erteilte Güngör dem flächendeckenden Unterricht in Halbgruppen. Und der Vorschlag der CDU, diesen ab einer Inzidenz von über 100 in der Stadt und einer infektionsschutzrechtlichen Anordnung gegenüber einer kompletten Lerngruppe automatisch auszulösen, führe eben schnell zu einer solch flächendeckenden Umsetzung. „Der flächendeckende Halbgruppenunterricht ab der Sekundarstufe I wird zu Recht von allen Bundesländern – auch den CDU-geführten – abgelehnt“, sagte Güngör. „Halbgruppenunterricht bedeutet immer Verlust von Bildungszeit, selbst bei der besten technischen Ausstattung. Gerade diejenigen Schülerinnen und Schüler, die im häuslichen Umfeld keine guten Arbeitsbedingungen haben, bleiben zurück, dadurch vertiefen sich Chancenungleichheit und soziale Spaltung. Richtig ist deshalb eine schulscharfe Entscheidung, die die Verhältnisse vor Ort in den Blick nimmt: die Infektionslage, die Quarantänzahlen, die fachliche und räumliche Situation und die technische Ausstattung. Und dies hat der Senat bereits ermöglicht. Dafür bedarf es keiner Regelung in der Corona-Verordnung.“

DEBATTE **KLIMASCHUTZ AN BREMER HOCHSCHULEN**



Im Sommer hatte die rot-grün-rote Koalition eine Große Anfrage gestellt, die nach Klimaschutzmaßnahmen an Bremer Hochschulen fragt. In der heutigen Sitzung des Landtags hat der Senat seine Antwort vorgelegt und das Plenum konnte Stellung beziehen.

„Das Land Bremen nimmt seine Vorbildfunktion im Bereich Klimaschutz ernst und hat Erfolg“, fasste Janina Brünjes, wissenschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, die umfassende Antwort des Senats in ihrer Rede zusammen. Es werde umfassend agiert, sei es nun bei der systematischen Betrachtung und Auswertung klimaschützender Maßnahmen, notwendigen Investitionen zur Gebäudemodernisierung,



Janina Brünjes

der Verwendung grüner Energien oder bei Senkungen des Energieverbrauchs. Auch das Studierendenwerk werde stets miteinbezogen.

„Eine besondere Rolle kommt unseren Hochschulen vor Ort und den entsprechenden individuellen Klimaschutzkonzepten zu“, sagte Brünjes. Herzstück seien jedoch die Studiengänge und deren Inhalte, die längst in großen Teilen Nachhaltigkeit thematisierten. „Wir sind weltweit anerkannt mit unserer Forschung zur Meeresbiologie.“, so Brünjes weiter.

Die Universität Bremen setze auf eine Umwelterklärung, welche die CO₂-Einsparungen offenlege, sowie auf einen Nachhaltigkeitsbericht samt Umsetzungsstand. Zudem sei dort ein Nachhaltigkeitsforum eingerichtet worden, welches sich an den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen orientiere. Auch die Hochschule Bremen habe ein Klimaschutzkonzept, sowie mehrere Leuchtturmpro-

jekte: „Das Fahrradmodellquartier, das Fahrrad Repair Cafe, klimafreundliche Gebäude, Angebote im biofairen Café sowie das Reallabor für klimafreundliches Bauen“, zählte Brünjes auf. Die Hochschule für Künste achte insbesondere bei Energie und Verbrauchsmaterialien auf Einsparpotenziale.

„Die Hochschule Bremerhaven sieht sich im Gesamten als Impulsgeber für die Stadt und die Region, um im Rahmen dessen umfangreich über den Klimaschutz aufzuklären“, so die SPD-Wissenschaftspolitikerin. Nachhaltigkeit sei nicht nur thematisch verankert, sondern auch eines von vier prägenden Profilhemen der Einrichtung.

„Für die Zukunft werden wir uns dafür einsetzen, die genannten Erfolge weiter zu forcieren“, so Brünjes abschließend. „Wir wollen hier anknüpfen, weiter für den Klimaschutz kämpfen, für das Thema sensibilisieren und spannende Projekte umsetzen.“